

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2010/331/1

Antrag der Gruppe X vom 19.10.2010: Blindflug in der Atom- und Endlagerpolitik beenden! Sicherheitsorientierte vergleichende Standortsuche ist internationaler Stand von Wissenschaft und Technik.

Kreistag

14.02.2011

TOP

Mit Eingang vom 20.10.2010 beantragte und begründete KTA Donat im Namen der Gruppe X folgenden Tagesordnungspunkt:

**Blindflug in der Atom- und Endlagerpolitik beenden!
Sicherheitsorientierte vergleichende Standortsuche ist internationaler Stand von Wissenschaft und Technik.**

Begründung: Bei einer Umsetzung der von der derzeitigen Mehrheit des Bundestags beschlossenen Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke würde sich die Menge hochradioaktiver Abfälle nochmals um 4400-6000 Tonnen erhöhen. Zu den bereits für erforderlich erachteten 1500 Castortransporten wäre für diesen Fall mit ungefähr 500 zusätzlichen Castortransporten in Deutschland zu rechnen. Auch für die bereits vorhandenen Mengen hochradioaktiven Materials existiert jedoch weder ein Endlager, noch eine über 40 Jahre hinaus reichende Lagergenehmigung. Durch die alternativlose politische Vorfestlegung auf den Standort Gorleben und die Unterlassung der Erkundung und des qualifizierten Vergleichs geeigneterer Standorte und Endlagerkonzepte droht eine Entsorgungssituation, in der keine alternativen Handlungsmöglichkeiten mehr verbleiben und aufgrund Organisationsverschuldens nur noch der ungeeignete Standort Gorleben zur Verfügung stünde. Da diese Entwicklung jedoch bereits seit Jahrzehnten absehbar war, ist jetzt der Zeitpunkt, um in der Endlagersuche auf ein Verfahren umzusteuern, das dem staatlichen Auftrag zur Daseinsvorsorge gerecht wird.

und reichte am 4.11.2010 folgenden Beschlussvorschlag nach:

Die von der Regierungsmehrheit beschlossene Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke behindert den Umbau unserer nationalen Energieversorgung zu demokratischer Umwelt- und Klima- schonender Stromproduktion und schafft weitere unkalkulierbare Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Dieser Beschluss nützt allein den Interessen der vier großen Energieversorger zulasten der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die epochale weltweite Aufgabe zum Schutz des Weltklimas und der Bewahrung lebensnotwendiger Ressourcen eignet sich nicht für machtpolitische Entscheidungskämpfe, sie muss vielmehr gemeinschaftlich unter Mitnahme möglichst vieler Menschen bewältigt werden.

Der Kreisausschuss/Kreistag Lüchow-Dannenberg dankt denjenigen Bundestagsabgeordneten, die dem Energiekonzept der Bundesregierung ihre Zustimmung verweigert oder ihm wenigstens nicht zugestimmt haben. Bundesregierung und Regierungsmehrheit werden aufgerufen, ihre Entscheidungen zu überdenken, Energiepolitik im Interesse der Bevölkerungsmehrheit zu machen und die Überprüfung der Beschlüsse durch den Bundesrat zuzulassen.

Eine verantwortbare Lösung für den langfristigen Verbleib der hochradioaktiven Hinterlassenschaften der Atomtechnologie steht seit über 33 Jahren nicht zur Verfügung. Darüber kann auch das verzweifelte Festhalten am Standort Gorleben nicht hinweg täuschen.

Dieser Standort hätte von Anfang an gar nicht in Betracht für ein Endlager gezogen werden dürfen, da die Gasvorkommen unter dem Salzstock ebenso bekannt waren, wie auch das partielle Aufsteigen von Kohlenwasserstoffen in den Salzstock und die Ablaugung des Salzes durch Grundwässer. Spätestens hätten die bereits in frühen Stadien der Erkundung erlangten Erkenntnisse zur Beendigung der Erkundungsarbeiten führen müssen, anstatt die Veröffentlichung dieser Erkenntnisse zu unterdrücken.

Nicht politische und polizeiliche Durchsetzbarkeit und wahltaktische Überlegungen dürfen die Entscheidung über einen Endlagerstandort bestimmen, sondern allein die Sicherheit der Bevölkerung und kommender Generationen. Dabei sind warnende Stimmen und kritische Wissenschaftler besonders zu berücksichtigen, weil gerade sie Aspekte ansprechen und auf Gefahren aufmerksam machen, die drohen, unterschlagen zu werden.

Salz als Endlagermedium ist nach den katastrophalen Entwicklungen in der ASSE und in Morsleben wie auch im internationalen Vergleich grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die sukzessive Anpassung von Endlagerungskonzept und -anforderungen an die in Gorleben vorgefundenen Ergebnisse dient nicht der Sicherheit der Bevölkerung, sondern allein der Rechtfertigung des investierten Geldes und verdeutlicht die Konzeptlosigkeit der nuklearen Entsorgung.

Die Vorfestlegung auf den Salzstock Gorleben, die politischen Einflussnahmen in der Region und auf die Erkundung und die von Wohlverhalten abhängig gemachten Geldzahlungen haben großen Unfrieden in den Landkreis getragen und die Region zutiefst gespalten. Der Landkreis hat durch die Vorhaben der Bundesebene einen schweren Imageschaden erlitten und ist seit Jahrzehnten in seiner Entwicklung behindert.

Der Kreisausschuss/Kreistag ruft die Bundesregierung und das Bundesumweltministerium auf, in der Endlagerpolitik umzusteuern und ein qualifiziertes vergleichendes sicherheitsorientiertes Endlagersuchverfahren in Deutschland zu beginnen. Dabei sind über Verfahren, Konzepte und Sicherheitsanforderungen nationales Einvernehmen herzustellen und eine zeitgemäße weitreichende Beteiligung der Öffentlichkeit von vornherein vorzusehen.

Am Standort Gorleben ist diese Beteiligung der Bevölkerung niemals erfolgt. Das Vertrauen in ein faires Verfahren ist nicht mehr herstellbar. Schon allein deswegen, vor allem aber wegen der offenkundigen geologischen Nicht-Eignung, ist der Salzstock Gorleben für ein Endlager nicht mehr in Betracht zu ziehen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der og. Beschlussvorschlag wurde in der Kreisausschuss am 15.11.2010 (TOP 14) in drei Einzelabstimmungen geändert empfohlen:

1.:

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert die Bundesregierung auf

a.) umgehend eine sicherheitsorientierte vergleichende Standortsuche einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2.:

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg fordert die Bundesregierung auf

b.) die sogenannte Erkundung des Salzstocks Gorleben aus Sicherheitsgründen sofort aufzugeben.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

3.:

Begründung:

Die von der Regierungsmehrheit beschlossene Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke behindert den Umbau unserer nationalen Energieversorgung zu Umwelt- und Klimaschonender Stromproduktion und schafft weitere unkalkulierbare Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Dieser Beschluss nützt allein den Interessen der vier großen Energieversorger zulasten der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Die weltweite Aufgabe, der Klimakatastrophe entgegen zu wirken und lebensnotwendige Ressourcen zu bewahren, eignet sich nicht für gedankenlose machtpolitische Entscheidungskämpfe. Dieser Herausforderung ist nur mit einer entschiedenen Abkehr von überalterten Konzepten zu begegnen!

Eine verantwortbare Lösung für den langfristigen Verbleib der hochradioaktiven Hinterlassenschaften der Atomtechnologie steht seit über 33 Jahren nicht zur Verfügung. Darüber kann auch das verzeifelte Festhalten am Standort Gorleben nicht hinwegtäuschen. Dieser Standort hätte von Anfang an gar nicht in Betracht für ein Endlager gezogen werden dürfen, da die Gasvorkommen unter dem Salzstock ebenso bekannt waren, wie das partielle Aufsteigen von Kohlenwasserstoffen in den Salzstock und die Ablaugung des Salzes durch Grundwässer. Gorleben, das zu Anfang unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgewählt wurde, brachte für den Salzstock nie die gewünschten Forschungsergebnisse. Im Gegenteil, es wurden Verhältnisse angetroffen, die zum sofortigen Abbruch der Erkundungen hätten führen müssen. Statt dessen wurde die Veröffentlichung dieser Erkenntnisse unterdrückt. Nicht politische und polizeiliche Durchsetzbarkeit oder wahltaktische Überlegungen dürfen die Entscheidung über einen Endlagerstandort bestimmen, sondern allein die Sicherheit der

Bevölkerung und kommender Generationen. Dabei sind warnende Stimmen und kritische Wissenschaftler besonders zu berücksichtigen, weil gerade sie Aspekte ansprechen und auf Gefahren aufmerksam machen, die drohen, unterschlagen zu werden.

Als Konsequenz aus den katastrophalen Entwicklungen in der ASSE und in Morsleben wie auch im internationalen Vergleich, wird Salz als Endlagermedium grundsätzlich in Frage gestellt.

Die hilflose, sukzessive Anpassung von Endlagerungskonzept und -anforderungen an die in Gorleben vorgefundenen Ergebnisse dient nicht der Sicherheit der Bevölkerung, sondern allein der Rechtfertigung des investierten Geldes und verdeutlicht die Konzeptlosigkeit der nuklearen Entsorgung.

Die Vorfestlegung auf den Salzstock Gorleben, die politischen Einflussnahmen in der Region und auf die Erkundung und die von Wohlverhalten abhängig gemachten Geldzahlungen haben großen Unfrieden in den Landkreis getragen und die Region zutiefst gespalten. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hat durch das Agieren der Bundesebene schwere Imageschäden erlitten und ist dadurch seit Jahrzehnten in seiner Entwicklung behindert.

Der Kreisausschuss/Kreistag ruft die Bundesregierung und das Bundesumweltministerium auf, in der Endlagerpolitik ihre starre Haltung aufzugeben. Sie sollte umgehend ein qualifiziertes vergleichendes sicherheitsorientiertes Endlagersuchverfahren in Deutschland beginnen. Dabei sind über Verfahren, Konzepte und Sicherheitsanforderungen nationales Einvernehmen herzustellen und eine zeitgemäße weitreichende Beteiligung der Öffentlichkeit von vornherein vorzusehen.

Am Standort Gorleben ist diese Beteiligung der Bevölkerung niemals erfolgt. Das Vertrauen in ein faires Verfahren ist nicht mehr herstellbar. Schon allein deswegen, vor allem aber wegen der offenkundigen geologischen Nicht-Eignung, ist der Salzstock Gorleben für ein Endlager nicht mehr in Betracht zu ziehen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

Die Änderungen des Beschlussvorschlages vom 04.11.2010 sind:

Das Wort „auch“ wurde im zweiten Halbsatz des zweiten Satzes in Absatz 2 gestrichen; ursprünglich hieß es „wie auch das partielle Aufsteigen...“

Im letzten Satz des zweiten Absatzes wurden die Wörter „und verheimlicht“ gestrichen; ursprünglich hieß es „... der Erkenntnisse unterdrückt und verheimlicht“.

In der Kreistagssitzung am 13.12.2010 wurde der Antrag zu Beginn der Sitzung von KTA Mundhenk im Namen der Gruppe X zurückgezogen.

Mit Schreiben vom 13.12.2010 beantragten 19 Mitglieder der Gruppe die Durchführung einer öffentlichen Kreistagssitzung am 14.02.2011. KTA Herbst konkretisierte am 29.12.2010, dass der og. Antrag der Gruppe X als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der beantragten Kreistagssitzung genommen werden soll.

Diese Vorlage dient lediglich der Sitzungsökonomie und stellt eine Übersicht und Zusammenfassung des Antrages unter der Ursprungsvorlage 2010/331 dar.